



Haushaltsrede zum Haushalt 2026 der Stadt Rheine – Laura Sophie Grasler, Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion im Stadtrat Rheine

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann, werte Kollegen des Rates, vor allem aber: Liebe Bürger unserer Stadt Rheine!

Heute darf ich meine erste Haushaltsrede vor dem Stadtrat halten. Wenn man sich durch die hunderten Seiten des Haushaltsplans 2026 arbeitet, könnte man zunächst denken: Alles ist in bester Ordnung. Uns wird ein ausgeglichener Haushalt präsentiert. Doch wer genauer hinsieht, erkennt: Dieser Ausgleich ist eine reine Luftnummer.

Um das Loch in der Kasse zu stopfen, entnimmt die Stadt über 9,6 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage. Das ist nichts anderes als das Ersparte unserer Bürger. Dieses Ersparte wird hier Stück für Stück aufgebraucht, um ein strukturelles Defizit zu kaschieren, das uns in den kommenden Jahren bis zum Hals stehen wird.

Die SPD sprach im letzten Jahr von den „sieben mageren Jahren“. Aber die entscheidende Frage ist doch: Wer hat uns diese mageren Jahre eingebrockt? Es ist die Politik der Altparteien. Und genau diese Politik müssen wir nun auch hier in Rheine ausbaden.

Wir als AfD sagen klar und deutlich: Rheine hat kein Einnahmenproblem - Rheine hat ein massives Ausgabenproblem. Während unsere Bürger unter Inflation leiden, leistet sich diese Ratsmehrheit – allen voran die unselige schwarz-grüne Zweckgemeinschaft – Luxusausgaben, die an den eigentlichen Kernaufgaben vorbeigehen.

Ich möchte drei zentrale Punkte nennen, die zeigen, warum dieser Haushalt die falschen Prioritäten setzt:

Der erste Punkt sind die Kosten der Zuwanderung. Auch für 2026 sind erneut Millionenbeträge für Transferleistungen an Asylbewerber eingeplant. Das eigentliche Problem liegt aber noch tiefer: In Rheine fließen jedes Jahr über 200.000 Euro an freiwilligen Zuschüssen in eine regelrechte „Integrationsindustrie“ – an die Caritas, das Centro St. Antonio und den Integrationsrat.

Die Position der AfD ist klar: Integration ist kein staatliches Rundum-Sorglos-Paket. Integration ist eine Bringschuld der Migranten. Wer zu uns kommt, muss sich selbst bemühen und sich anpassen. Wir haben deshalb beantragt, diese freiwilligen Mittel in Höhe von 203.000 Euro vollständig zu streichen.

Darüber hinaus fordern wir: eine konsequente Absenkung der Leistungen auf das gesetzliche Minimum und die Einführung einer flächendeckenden gemeinnützigen Arbeitspflicht. Wer Leistungen von der Gemeinschaft erhält und arbeitsfähig ist, muss auch etwas zurückgeben. Alles andere ist schlicht unfair gegenüber unseren Steuerzahlern.

Der zweite Punkt ist der sogenannte Klimaschutz. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie sich die CDU von den Grünen vor sich hertreiben lässt. Die Stadt plant Ausgaben für den „ProKlimaFond“ und für Maßnahmen zur „Kommunalen Wärmeplanung“. Insgesamt sollen dafür 105.000 Euro ausgegeben werden.

Die Position der AfD ist eindeutig: Wir lehnen diese ideologisch geprägte Klimapolitik ab. Eine einzelne Kommune wie Rheine wird das Weltklima nicht retten. Diese Projekte bringen den Bürgern vor Ort keinen messbaren Nutzen. Sie dienen vor allem der politischen Selbstdarstellung.

Während die Grünen immer neue Forderungen stellen, nickt die CDU alles ab. Wir fordern deshalb die ersatzlose Streichung dieser Mittel. Öffentliche Ausgaben müssen sich an einem klaren Maßstab messen lassen: Was bringt es konkret für die Menschen in unserer Stadt? Und die Antwort ist einfach: Dieses Geld wäre in unseren maroden Straßen, in unseren Schulen oder in der Sicherheit deutlich besser aufgehoben. Das sind die echten Pflichtaufgaben einer Kommune.

Der dritte Punkt ist die zunehmende politische Einflussnahme und der ausufernde Umgang mit Steuergeld. Wir leisten uns ein Sachbudget für „Gleichstellung“ und finanzieren Gender- sowie Diversity-Workshops für die Verwaltung. Gleichzeitig fördern wir mit hohen Summen Träger der Jugendarbeit – ohne konsequent auf politische Neutralität zu achten.

Die Position der AfD ist auch hier klar: Wir fordern den sofortigen Stopp dieser ideologischen Projekte. Das bedeutet konkret: Streichung des Sachbudgets und eine Wiederbesetzungssperre für entsprechende Stellen. Wir brauchen Fachkräfte, die ihre Arbeit machen. Keine Ideologen, die den Bürgern vorschreiben, wie sie zu denken oder zu sprechen haben.

In der Jugendarbeit fordern wir eine strikte Neutralitätsklausel. Politische Organisationen wie „Die Falken“ dürfen nicht länger mit Steuergeld finanziert werden. Wer Kinder politisch beeinflussen will, soll das nicht auch noch auf Kosten der Bürger tun.

Werte Kollegen von der CDU, Sie sprechen gern von Wirtschaftskompetenz. In Wirklichkeit verwalten Sie den Mangel – und lassen sich von den Grünen diktieren, wie das Geld der Bürger ausgegeben wird. Nachhaltigkeitsberichte, Faire Beschaffung – das sind für Sie offenbar Prioritäten, während die finanzielle Lage immer angespannter wird. Das ist keine solide Haushaltspolitik. Das ist ein schleichender Verlust der Eigenständigkeit unserer Stadt.

Die Grünen beklagen gleichzeitig eine angeblich „halbherzige“ Klimafinanzierung – während wir uns längst auf einen finanziellen Abgrund zubewegen.

Die SPD fordert höhere Gewerbesteuern, um ihre Umverteilungspolitik zu finanzieren. Wir sagen ganz klar: In einer wirtschaftlich schwierigen Lage erhöht man keine Steuern. Steuererhöhungen treffen unseren Mittelstand und sie gefährden Arbeitsplätze. Wer mehr Einnahmen will, muss zuerst aufhören, Geld zu verschwenden.

Liebe Bürger, die AfD ist die einzige Kraft in diesem Rat, die bereit ist, den Rotstift dort anzusetzen, wo es wirklich notwendig ist: bei Ideologie und bei einer falschen Zuwanderungspolitik.

Zusätzlich haben wir beantragt, die Mittel für die Stadtteilbeiräte vorläufig zu sperren – nicht mit dem Ziel, diese abzuschaffen, sondern um die Ausgaben sorgfältig zu prüfen und kritisch zu hinterfragen. Gerade in schwierigen Zeiten müssen klare Prioritäten gesetzt werden.

Da unsere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung höchstwahrscheinlich konsequent ignoriert werden und dieser Haushalt weiterhin auf falschen Prioritäten beruht, wird die AfD-Fraktion diesen Entwurf ablehnen.

Wir stehen für ein Rheine der Vernunft, für Sicherheit und für eine funktionierende Infrastruktur.

Vielen Dank!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Grasler', with a long horizontal stroke extending to the right.

Laura Sophie Grasler

Fraktionsvorsitzende